

[sozial.öko.^{logisch}]



Kohleausstieg

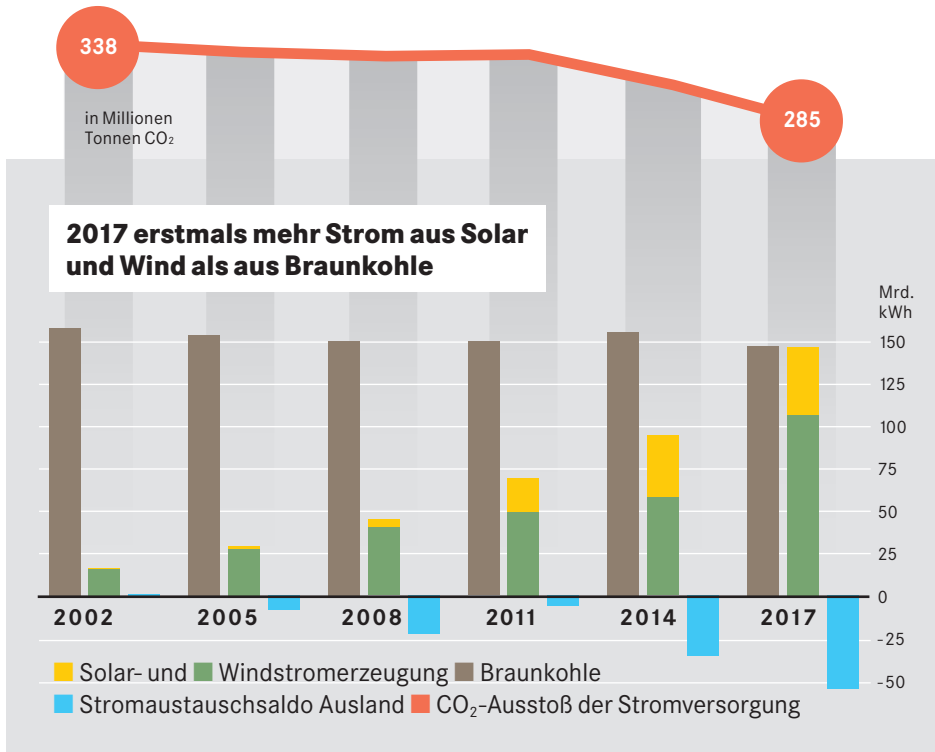
Jetzt beginnen.
Sozial gestalten.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Das Energiewende-Paradoxon

Die große Koalition hält an uralten Kohlekraftwerken fest wie eine Raucherin an der letzten Kippe. Doch jedes weitere Jahr, um das Deutschland den Beginn des Kohleausstiegs verschleppt, führt zwangsläufig zu einem härteren Abschaltplan. Schließlich darf nur noch eine begrenzte Menge an Treibhausgasen in die Atmosphäre gelangen, soll die Erderwärmung auf 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, begrenzt werden. Der Ausstieg wird umso schmerzhafter für die Beschäftigten und die Kohleregionen, je länger betroffene Unternehmen, manche Branchengewerkschaft und herrschende Politik den Einstieg in den Ausstieg blockieren.

Mehr als jede dritte in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde Elektrizität ist inzwischen Ökostrom. Gleichzeitig werden weiter Kohle- und Atomstrom in einem Umfang produziert, als gäbe es überhaupt keinen Grünstrom. Der Grund: RWE, E.ON, EPH und EnBW verdienen am Export der riesigen Erzeugungüberschüsse. Kein Wunder, dass Deutschland sein Klimaschutzziel für 2020 von 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 weit verfehlen wird – Energiewende absurd!





Friedlicher nachdrücklicher Widerstand gegen rheinländischen Braunkohlenabbau

Das Emissionshandelssystem der EU hat bislang komplett versagt und wird absehbar auch weiter versagen. Deshalb sind zusätzliche nationale Instrumente notwendig, um einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung zu vollziehen. Gesetzlichen Abschaltungen einer relevanten Menge besonders schmutziger Meiler – noch vor dem Jahr 2020 – kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Wichtig ist, dass der Prozess unverzüglich und sozial abgesichert beginnt. Deshalb darf die so genannte »Kohlekommission« (offiziell »Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«) nicht zu einem Instrument werden, das den Beginn des Kohleausstiegs weiter verzögert. Sie soll vielmehr helfen, ihn sozial verträglich zu gestalten.

Wandel braucht Druck

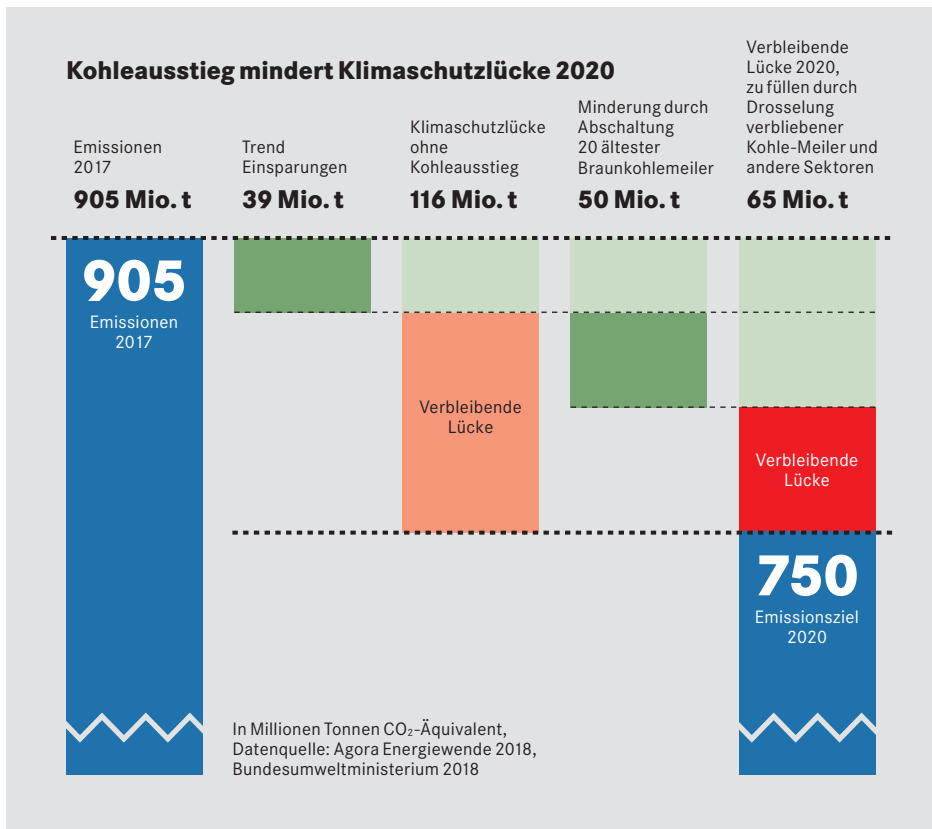
Die Bundestagsfraktion DIE LINKE steht im Kampf um den Kohleausstieg an der Seite der nationalen und internationalen Klimaschutzbewegung. Ohne sie gäbe es nicht den notwendigen Druck, den es für den Wandel braucht. So nehmen seit einigen Jahren tausende Menschen an den mutigen und friedlichen Tagebaubesetzungen von »Ende Gelände« im Rheinland oder in der Lausitz teil. Hunderte verteidigen den Hambacher Forst vor der drohenden Abholzung durch RWE. Daneben arbeiten Umweltschutzverbände, ökologieorientierte Think Tanks und Forschungseinrichtungen genauso wie lokale Initiativen in mühevoller Kleinarbeit am Kohleausstieg und am sozialökologischen Strukturwandel.

Der Klimaschutz drängt zu einem ambitionierten Kohleausstieg. Er kann für etliche Menschen in den Revieren aber eine Herausforderung werden. DIE LINKE. im Bundestag will die Regionen damit nicht allein lassen.

Schneller Einstieg in den Ausstieg

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE unterstützt einen Kohleausstieg, bei dem die letzten Meiler spätestens zwischen 2030 und 2035 abgeschaltet werden. Der Neuaufschluss von Braunkohlelagern und der Neubau von Kohlekraftwerken sind zu verbieten. Die wichtigste Aufgabe ist momentan, zügig mit der Abschaltung zu beginnen. Ein späterer Einstieg in den Ausstieg macht die Erfüllung der Klimaschutzziele schmerzhafter und teurer.

Wir schlagen vor, die 20 ältesten Braunkohlekraftwerke bis 2020 stillzulegen. Dies ist in einem Kohleausstiegsgesetz zu verankern, das auch die Förderung des Strukturwandels beinhalten muss.





Für die verbliebenen Kraftwerksblöcke muss die Bundesregierung eine Betriebsweise erzwingen, die deren Einsatzzeiten auf das energiewirtschaftlich erforderliche Maß begrenzt, etwa durch CO₂-Mindestpreise oder durch gesetzliche Volllaststundenbegrenzungen.

Alle Kohlekraftwerke, die länger als 25 Jahre in Betrieb sind, sollen entschädigungslos abgeschaltet werden. Denn ab diesem Zeitpunkt sind sie ohnehin abgeschrieben. Es kann nicht sein, dass Uraltmeiler auf Kosten der Verbraucher*innen unnötig vergoldet werden, wie es gegenwärtig mit der so genannten »Sicherheitsreserve« geschieht, die noch nie abgerufen wurde.

Während der Arbeit der Kohlekommission sollte im Übrigen ein Tagebau-Moratorium gelten. Das bedeutet: keine landesplanerischen, genehmigungsrechtlichen, bergbaulichen oder infrastrukturellen Maßnahmen, die entweder zu einer Ausweitung von aktiven Tagebauen beziehungsweise zu neuen Tagebauen oder zu irreversiblen Schäden am Naturhaushalt in bislang nicht in Anspruch genommenen Flächen führen. Dazu gehören insbesondere Welzow II (Lausitz) und der Hambacher Forst (Rheinland).

Warum der EU-Emissionshandel für den Kohleausstieg nicht taugt

Bei den Themen Kohleausstieg und Dekarbonisierung der Industrie verließ sich die Bundesregierung bislang auf das Europäische Emissionshandelssystem (ETS). Doch das ist gescheitert. Unter anderem, weil zusätzlich zu den Emissionsrechten dieser Handelsperiode (2013 bis 2020) noch gewaltige Mengen an überschüssigen Zertifikaten aus der längst vergangenen Periode 2008 bis 2012 im Umlauf sind. Letztere machen mit etwa zwei Milliarden Zertifikaten (je eine Tonne CO₂-Äquivalent) mehr als ein gesamtes »normales« EU-Jahresbudget an ETS-Berechtigungen aus. Die ungenutzten Emissionsrechte kamen zu zwei Dritteln aus zum Teil obskuren Klimaschutzprojekten im Ausland, waren aber auch Folge einer Überzuteilung an die Industrie sowie der Wirtschaftskrise 2008/2009. Im Ergebnis liegt der CO₂-Preis seit Jahren im Keller. Deshalb wurde im Frühjahr 2018 von



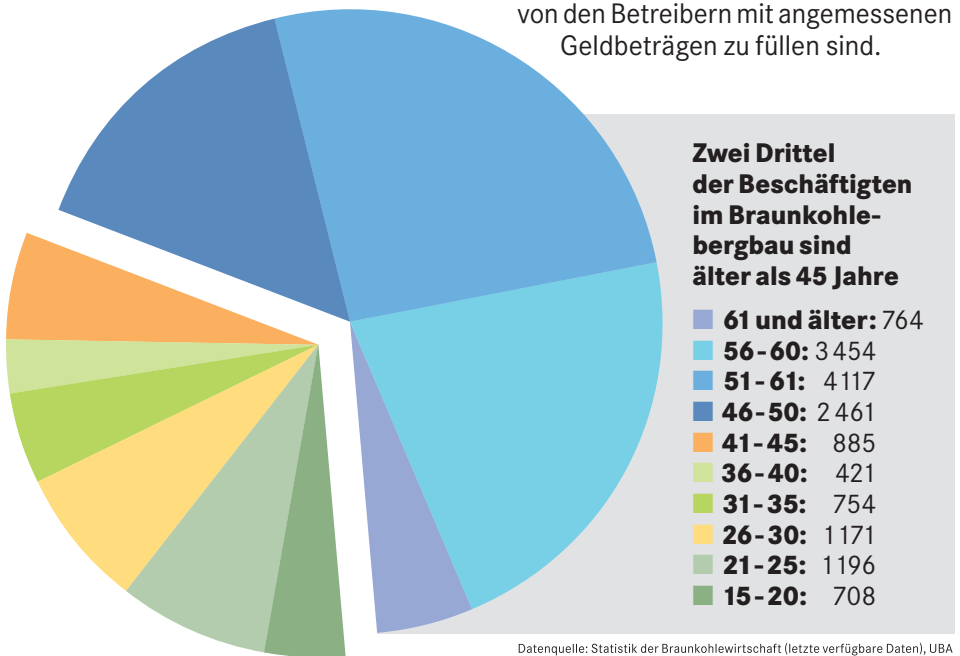
Brüssel eine ETS-Reform verabschiedet. Doch auch diese Reform hat den CO₂-Preis lediglich von rund fünf Euro je Tonne auf rund 18 Euro heben können. Tatsächlich wären 25 bis 30 Euro nötig, damit das System beginnt, in Richtung CO₂-Minderung zu steuern. Um hierzulande die Braunkohle aus dem Strom-Mix zu verdrängen, wären noch weit höhere Preise erforderlich. Doch die Knappheit an Zertifikaten, die dafür notwendig wäre, ist auch beim neuen Design frühestens ab der zweiten Hälfte der 2020er Jahre zu erwarten – wenn es gut läuft. Bis dahin muss aber der Kohleausstieg längst im Gang sein, will Deutschland seine Klimaschutzziele erfüllen.

Strukturwandel sozial absichern

Jährlich sind aus Bundesmitteln 500 Millionen Euro bereit zu stellen, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen und sozial abzusichern. Diese Hilfe muss eine gesetzlich festgesetzte Reduzierung der Kohleverstromung im jeweiligen Revier als Voraussetzung haben. Die Aufteilung der Mittel zwischen den Revieren sollte die sonstige Wirtschaftskraft der Regionen angemessen berücksichtigen.

Die Bundesregierung sollte mit den Betreibern der Braunkohle-tagebaue und -kraftwerke Verträge mit dem Ziel abschließen, betriebsbedingte Kündigungen infolge des Kohleausstiegs zu verhindern. Angesichts der Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft (zwei Drittel älter als 45 Jahre) ist dies auch realistisch. Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhestand können dies unterstützen.

Es gibt erhebliche Zweifel, ob die von den Konzernen gebildeten Rückstellungen für Bergbaufolgekosten die spätere Finanzierung der Aufgaben sicherstellen. Diese Langzeitkosten dürfen aber nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Deshalb müssen Bundesregierung und Landesregierungen dafür sorgen, dass die künftigen Ausgaben für Stilllegung, Rückbau, Renaturierung und für die Regulierung dauerhafter Schäden von den derzeitigen Betreibern der Tagebaue voll gedeckt werden. Dabei geht es etwa um das Absenken von Grundwasserspiegeln durch die Braunkohlenutzung oder die Sulfat- und Eisenocker-Probleme in der Lausitz. Auch im Insolvenzfall müssen die Mittel im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Denkbar ist die Zahlung von Sicherheitsleistungen oder die Einrichtung öffentlich-rechtlicher Fonds, die von den Betreibern mit angemessenen Geldbeträgen zu füllen sind.



Weitere Informationen zum Kohleausstieg:

- Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:
 »Klimaziel 2020 einhalten – Zwanzig älteste Braunkohlekraftwerke unverzüglich abschalten«, Bundestagsdrucksache 19/830
 »Kohleausstieg einleiten – Strukturwandel sozial absichern«, Bundestagsdrucksache 18/8131
- Broschüre »Wie der Kohleausstieg gelingt. Geplant, gerecht, sozial« (Download unter www.linksfraktion.de und www.nachhaltig-links.de)

DIE LINKE.

IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Jan Korte, Sevim Dağdelen, Caren Lay
Redaktionsschluss: 20. August 2018
Titelbild: iStockphoto.com/kruwt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie auf **www.linksfraktion.de**

Demokratie – Eine tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, aktiv und wirkungsvoll beteiligen können. Eine umfassende Demokratisierung ist zwingende Voraussetzung eines sozial-ökologischen Umbaus.

Ökologie – Die Umweltkrisen sind genauso wie die Wirtschaft- und Finanzkrisen Folge des vorherrschenden Gesellschaftsmodells. Es sind dieselben Triebfedern, die zu einem Raubbau an der Natur und zu wachsender Ungleichheit führen. Stattdessen sollte die Maxime gelten: gleiches Recht auf Naturnutzung und gleiche Pflicht, die Lebensgrundlagen zu schützen.

Soziales – Ohne soziale Gerechtigkeit kein ökologisches Wirtschaften und keine nachhaltige Lebensweise. Statt immer mehr Reichtum für wenige wollen wir ein gutes Leben für alle Menschen. Das bedeutet eine Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen. Und es bedeutet eine grundlegende Veränderung der Geschlechterverhältnisse.